Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise: Die 5-gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgebung 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamezeile 90 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 42 — Freitag, den 19. Februar 1932 — 27. Jahrgang

Konzentrationsregierung in Frankreich?

Präsident Doumer verhandelt mit den Parteiführern

Die Bemühungen um die Regierungsbildung

Paris, 17. Februar. Der Präsident der Republik hat heute nachmittag seine Besprechungen mit den einzelnen Fraktionsführern wieder aufgenommen. Der sozialistische Senator Reboul erklärte beim Verlassen des Elysée, er sei für ein Konzentrationskabinett, das das Budget verabschieden und die Wahlen vornehmen lassen soll. Der unabhängige Abgeordnete Lamiel sagte, er habe die Ueberzeugung, daß Doumer versuchen werde, die Bildung eines Aussöhnungskabinetts vorzubereiten, das möglicherweise nur solange am Ruder bleiben würde, bis das Budget verabschiedet und die Wahlen vorgenommen seien. Abgeordneter Herriot erklärte, er habe dem Präsidenten den Rat gegeben, eine Persönlichkeit zu berufen, die ein neutrales Aussöhnungskabinett zu bilden hätte, das für die Einhaltung des allgemeinen Wahlrechts und für die rechtzeitige Verabschiedung des Budgets zu sorgen hätte. Dieses Ministerium sei vor allem aus Mitgliedern des Senats zusammenzusetzen. Es würde bei den Wahlen völlige Unparteilichkeit zu bewahren und unmittelbar nach den Wahlen zurückzutreten haben.

Die Grundlagen für die Lösung der französischen Kabinettskrise

Paris, 17. Februar. In einer heute mittag ausgegebenen Mitteilung der Agentur Havas über die Besprechungen zur Lösung der Kabinettskrise heißt es: Die bisherigen Besprechungen im Elysée erlauben, drei Punkte hervorzuheben, die allgemein als wesentlich betrachtet werden: 1. die Beibehaltung der französischen Außenpolitik, wie sie Tardieu und Paul Boncour in Genf auseinandergesetzt haben; 2. die Notwendigkeit, das Budget in Kammer und Senat vor Beendigung der Legislaturperiode verabschieden zu lassen; 3. die Nachteile, die eine Verschiebung der Kammerwahlen bis auf den letztzulässigen Termin bringen würde. Nach der Agentur Havas dürfte es unwahrscheinlich sein, daß Präsident Doumer bereits heute abend die Persönlichkeit berufen werde, die mit der Kabinettsbildung beauftragt werden soll.

Pariser Blätter zum Sturze der Regierung

Paris, 17 Februar. Zum Sturz Lavals betont „Matin", es kommt jetzt darauf an, wiederaufzubauen. Dieser Aufbau sei um so schwieriger, als die gestrigen Ereignisse die Kluft zwischen Senat und Kammer noch verbreitert hätten. Man würde gern die Rückkehr zu einer weitgehenden nationalen Einigung sehen, an der sich auch die Radikale Partei zu beteiligen hätte. Wenn aber die Verwirklichung eines derartigen Planes nicht möglich sein sollte, träten gewisse Kreise für ein Ministerium des Zentrums ein, also einer Art Minderheitskabinett, das auf die beiden Flügel verzichtet und sich damit begnügt, eine wohlwollende Neutralität zu verlangen, im Austausch gegen unbedingte Unparteilichkeit während der Wahlperiode. Falls keine dieser beiden Kombinationen durchgeht, aber auch nur in diesem Falle, würde man ein Kabinett ins Auge fassen, dessen Aufgabe darin bestehen würde, die Kammer aufzulösen, und möglichst rasch Neuwahlen vorzunehmen. In den Wandelgängen des Senats habe man gestern vor allem Senator Barthou als geeigneten Mann zur Bildung des Ministeriums der Einigung und Konzentration genannt. In der Kammer scheine Paul Boncour zahlreiche Anhänger zu haben. Im „Populaire" erklärt der sozialistische Abgeordnete Leon Blum, der Abgeordnete Mandel habe dem Kabinett Laval den Todesstoß versetzt und er werde auch der Mehrheit des nationalen Blockes den Todesstoß versetzen.

Painlevé mit der Kabinettsbildung beauftragt

Paris. Der Abgeordnete Painleve, der um 10 Uhr im Elysée vorkam, verließ dieses 10½ Uhr und erklärte den Pressevertretern: Der Präsident der Republik hat mich mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Die Frage muß genau geprüft werden. Ich werde jetzt die üblichen Demarchen unternehmen und zunächst dem Senatspräsidenten und dem Kammerpräsidenten einen Besuch abstatten. Alsdann werde ich mit Laval und Tardieu sprechen.

Mißtrauensanträge im Reichstag

Berlin, 17. Februar. Zu Beginn der Plenarsitzungen des Reichstages in der nächsten Woche werden die Nationalsozialisten, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, einen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett Brüning und einen Antrag auf Auflösung des Reichstages einbringen. Gleichartige Anträge sind von den Deutschnationalen zu erwarten. Die Kommunisten haben bereits am Mittwoch einen Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett und einen besonderen gegen Minister Groener eingebracht. Der Aeltestenrat des Reichstages wird sich mit der Frage zu beschäftigen haben, ob diese Mißtrauensanträge mit der Beratung über den Termin für die Reichspräsidentenwahl, der vorläufig als einziger Punkt auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht, verbunden werden sollen oder ob die Mißtrauensvoten als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden. Im letzten Falle würde immerhin die Möglichkeit bestehen, daß eine Mehrheit des Reichstages der Aufsetzung auf die Tagesordnung widerspricht und dadurch eine baldige Entscheidung über die Mißtrauensanträge verhindert. Da jedoch die Regierung, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, selbst den Wunsch hat, schon aus außenpolitischen Gründen eine klare Entscheidung herbeizuführen, rechnet man damit, daß die Beratung über den Vorschlag der Reichsregierung zur Festsetzung des Termins der Präsidentenwahl zu einer großen Aussprache über die gesamte Politik der Reichsregierung in den vergangenen Monaten ausgestaltet wird, an der sich von jeder Fraktion mehrere Redner beteiligen, die also drei bis vier Tage in Anspruch nehmen dürfte. Nach Abschluß dieser Aussprache würde dann nicht nur über den Termin für die Präsidentenwahl, sondern auch über die Mißtrauensanträge und damit über das Schicksal des Kabinetts Brüning entschieden werden. In diesem Sinne dürfte sich der Aeltestenrat am Montag aussprechen. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. weiter erfährt, ist bisher nicht vorgesehen, daß die große politische Aussprache etwa durch längere Darlegungen des Reichskanzlers eingeleitet wird. Es ist vielmehr beabsichtigt, daß nur der Reichsinnenminister zu Beginn der Sitzung das Wort nimmt, um den Vorschlag der Reichsregierung für die Präsidentenwahl zu begründen. Dr. Brüning hält sich jedoch zum Eingreifen bereit. Je nach dem Verlauf der Aussprache werden der Reichskanzler oder auch andere Regierungsmitglieder das Wort nehmen. Das Schicksal des Kabinetts Brüning wird wieder, wie schon mehrmals, im wesentlichen von der Haltung der Deutschen Volkspartei des Landvolks und der Wirtschaftspartei gegenüber den Mißtrauensanträgen abhängen. Diese Fraktionen werden ihren Entschluß wahrscheinlich wieder bis zum letzten Augenblick zurückhalten. Ihre Fraktionssitzungen sind für Montag und Dienstag anberaumt.

Das Arbeitsprogramm der Reichsregierung

Neue Maßnahmen in Vorbereitung

Berlin, 18. Februar. Nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus Genf haben in den letzten Tagen mehrere Chefbesprechungen und Ressortberatungen stattgefunden, in denen das Arbeitsprogramm der Reichsregierung durchgesprochen wurde, das sich für die nächste Zeit außer auf die Regelung der Bankenfrage auf die Fertigstellung des Reichshaushaltes für 1932 sowie auf die Pläne, die mit der Arbeitslosenfrage und dem Arbeitsbeschaffungsprogramm in Zusammenhang stehen, erstrecken wird. Man hofft an zuständiger Stelle, daß der Reichshaushaltplan in nächster Zeit bereits dem Reichsrat zugeleitet werden kann. Die Reichsregierung wird dem Reichsrat und dem Reichstag einen ausgeglichenen Etat vorlegen, in den auch die Beträge zur Schuldentilgung eingestellt sind. In Verbindung mit dem Etatsausgleich sind den Blättern zufolge Pläne erörtert worden, die das Ziel verfolgen, die Ausgaben für die Arbeitslosen zu rationalisieren und zu vermindern. Die Pläne des Reichskommissars Goerdeler gehen u. a. davon aus, durch die Vereinigung der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge eine Vereinfachung herbeizuführen, die gleichzeitig auch das Ziel hat, die Finanznot der Gemeinden zu vermindern. Das Reichskabinett wird sich ferner in der nächsten Zeit auch mit den Arbeitsbeschaffungsplänen beschäftigen. Hier liegen Vorarbeiten aus dem Reichswirtschaftsministerium vor. Außerdem werden dabei die Pläne erörtert werden müssen, die von gewerkschaftlicher Seite aufgestellt worden sind. Eine einheitliche Kabinettsvorlage ist indessen noch nicht zustande gekommen, sondern alle diese Fragen werden vorerst in Chefbesprechungen behandelt.

Proklamation des unabhängigen mandschurischen Staates

Tokio, 18. Februar. (Reuter.) Die Mandschurei ist zum unabhängigen Staate erklärt worden.

Begründung der deutschen Abrüstungsvorschläge

durch Botschafter Nadolny

Genf, 18. Februar. In der heutigen Tagung der Abrüstungskonferenz begründete der Botschafter Nadolny in längerer eindringlicher Rede den deutschen Abrüstungsvorschlag und führte unter anderem aus: Es lag für Deutschland nahe, die gesamte Entwaffnung Deutschlands in einem Konventionalantrag zusammenzufassen und als deutschen Gegenvorschlag zuzustellen. Wir haben es vorgezogen, einen anderen Weg zu wählen, denn wir wollen dazu beitragen, daß diese Konferenz zu einem positiven Ergebnis führt. Der Botschafter beschäftigte sich dann mit den Vorschlägen zu zu Lande, zur See und in der Luft und ging dann auf den Sinn und die Bedeutung der Vorschläge ein: Wir sind heute für die allgemeine Vereinfachung der Abrüstung. Die Vereinfachung soll für uns alle gelten, also auch für Deutschland. Deutschland ist Mitglied des Völkerbundes und als völlig gleichberechtigtes Mitglied in ihn aufgenommen worden. Für die Rüstung hat dann in gleicher Weise für alle Mitglieder der Art. 8 des Völkerbundstatutes maßgebend zu sein.

Die Konferenz wird sicherlich nicht annehmen wollen, daß auf ein Bundesmitglied andere Vorschriften Anwendung finden könnten, als die im Pakt vorgesehenen. Dabei fällt es mir auch schwer zu glauben, daß der Völkerbund einen Zustand weiter bestehen lassen sollte, bei dem ein Mitglied des Rates, das sich mit seiner ganzen Haltung für die Zwecke des Bundes eingesetzt hat, auf einem der wichtigsten Tätigkeitsgebiete des Bundes einer besonderen Beschränkung unterliegt.

Die Haltung der Deutschnationalen

Noch keine Nominierung des Reichspräsidentschaftskandidaten

Berlin, 17. Febr. Die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei teilt mit: Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei trat am Mittwoch in Berlin zu der angekündigten Sitzung zusammen. Der Sitzung des Vorstandes wohnte der in der letzten Tagung der Parteivertretung in den Parteivorstand gewählte Prinz Oskar von Preußen erstmalig bei. Dr. Hugenberg begrüßte ihn auf das herzlichste und wertete seine Zugehörigkeit zum Parteivorstand als ein sichtbares Zeichen der engen und treuen Verbundenheit der Deutschnationalen Volkspartei mit dem Hause Hohenzollern. Sodann wies Dr. Hugenberg darauf hin, daß seit einigen Wochen — als Ergebnis des klaren und unentwegten Kampfes der Partei gegen die verderbliche Herrschaft der schwarz-roten Parteien, insbesondere auch gegen das Kabinett Brüning, und das von ihm ver-